



Beitragsstreik gegen die Spaltungspolitik des Parteivorstandes

Liebe Genossinnen und Genossen,

durch den Beschluss vom 10. Juni 2023 unter der Überschrift „*Unserer Verantwortung gerecht werden: DIE LINKE als plurale sozialistische Partei erhalten!*“ treibt der Parteivorstand die Spaltung unserer Partei weiter voran und führt sie endgültig ins politische Abseits. Es ist absolut inakzeptabel und selbstzerstörerisch, mit Sahra Wagenknecht unsere bekannteste und beliebteste Politikerin, die sich regelmäßig fachkundig und präzise für Themen wie Frieden und soziale Gerechtigkeit starkmacht und damit häufig ein Millionenpublikum erreicht, derart öffentlich anzugreifen und aus der Partei drängen zu wollen.

Der Was-tun-Koordinierungskreis hat auf die Aktionen des Parteivorstandes schnell reagiert und am 13. Juni 2023 eine Stellungnahme gegen diesen Parteivorstandsbeschluss erarbeitet. Die Stellungnahme ist Euch bereits zugegangen.

Der Karl-Liebknecht-Kreis Brandenburg ist Teil des Was-Tun-Netzwerkes und der Sprecherrat und die Koordinierungsgruppe des KLK tragen daher diese Stellungnahme selbstverständlich mit. Allerdings sind wir der Überzeugung, dass es nicht allein bei kritischen Worten bleiben kann. Um der Unzufriedenheit großer Teile der Parteibasis Sichtbarkeit zu verleihen und den Parteivorstand effektiv unter Druck zu setzen, bedarf es konkreter Formen des innerparteilichen Protests.

Deshalb hat die Mitgliederversammlung des Karl-Liebknecht-Kreises Brandenburg am 25.06.2023 mit 22 Ja-Stimmen zu 2 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen beschlossen, in einen unbefristeten Beitragsstreik zu treten und unsere Mitgliedsbeiträge ab dem 1. Juli 2023 auf 3,00 Euro monatlich zu senken. Da wir nicht auf eine Schädigung der Partei abzielen, könnte die Differenz zum bisherigen Beitrag, möglichst als sachbezogene Spende, direkt an unsere Kreisverbände oder andere Parteigremien überwiesen werden.

Wir fordern, dass der Parteivorstand endlich Konsequenzen aus seinem Versagen zieht, jegliche Spaltungsversuche unterlässt, auf den Boden des Erfurter Programms zurückkehrt und sich endlich der Aufarbeitung der Wahl Niederlagen und der Ausarbeitung einer wirksamen Strategie zur Wählerückgewinnung und Neugewinnung in Ost- und West annimmt, bzw. Platz macht für die Neuwahl eines anderen Parteivorstandes, der dazu tatsächlich in der Lage wäre. Wir denken, dass mit diesen spürbaren finanziellen Auswirkungen ein nachhaltiger Druck zum Umsteuern erzeugt werden kann.

Deshalb würden wir uns freuen, wenn auch Ihr Euch an dieser Form des innerparteilichen Protests beteiligt und die Idee an andere Genossinnen und Genossen weitergibt – nicht nur in Brandenburg, sondern auch bundesweit.

Bei Fragen und Anregungen stehen wir Euch selbstverständlich zur Verfügung.

Solidarische Grüße

Sprecherrat & Koordinierungsgruppe
des Karl-Liebknecht-Kreises Brandenburg